

grüne welle

das magazin für grüne politik in schleswig-holstein

Antworten auf die Atomlüge

landesverband | Seite 3

Energiesparen in den Mittelpunkt

landtag | Seite 6

Mittelschicht finanziell entlasten

bundestag | Seite 9





Liebe Freundinnen und Freunde,

reiche Männer, die dicke Autos fahren, lamentieren in Talkshows über zu hohe Energiepreise. Ihre Argumentation ist kraus: Der Benzinpreis steigt, also brauchen wir Atomkraftwerke.

Schweden schrammt an einem GAU vorbei, in Frankreich tritt radioaktiver Schlamm aus, Asse II ist nicht ganz dicht, die Leukämiefälle in der Elbmarsch ungeklärt, Brunsbüttel und Krümmel schrottreif und die Endlagerproblematik ungelöst – aber die CDU lügt Atom- in Ökostrom um. Und die SPD schlägt den Kuhhandel „längere Laufzeiten“ gegen „Grundgesetz-Ausstiegs-Regelung“ vor. Dabei ist absehbar: Für längere Laufzeiten braucht man nur eine einfache Mehrheit, für eine Grundgesetzänderung eine 2/3-Mehrheit. Und schwups hat man das eine und das andere nicht.

Die politische Debatte wird mit neuer Dreistigkeit geführt. Und wenn die großen Koalitionen in Kiel und Berlin Symbole des politischen Stillstands sind, so mehren sich die Zeichen, dass in den nächsten Jahren die Räder zurückgedreht werden sollen. Die Atomdebatte ist nur ein Zeichen (wenngleich ein besonders schlimmes!). Von der PendlerInnenpauschale über den amerikanischen Verteidigungsschild gen Osten – die Wahlen der kommenden Jahre drohen Wiedergängervahlen zu werden.

Assistiert von den Retro-Konzepten der Linken, getrieben vom immer wieder „neuen new-neo-Liberalismus“ der FDP entfernt sich die öffentliche Debatte immer weiter vom Pfad jeglicher Vernunft und Rationalität.

Es wird also an uns liegen, weitsichtige und gerechte Konzepte zu entwickeln und zu vertreten, die die Probleme von heute und morgen nicht mit den Lösungen von gestern beantworten. Nach erfolgreicher Kommunalwahl gehen wir gestärkt und mutig in die kommenden Auseinandersetzungen.

Euer Landesvorstand

Markus, Marlies, Marlene, Robert

Grüne Frauenförderung

Von Marlene Löhr

Immer wieder stehen wir bei Wahlen vor dem Problem, dass sich nicht genügend Frauen für Ämter und Mandate zur Verfügung stellen. Oft fühlen sie sich nicht kompetent genug für die anstehenden Aufgaben – dabei wären sie eigentlich überqualifiziert. Mit einem Mentoringprogramm der Grünen sollen Frauen ermutigt werden, zu kandidieren. Dabei ist auch die politische Nachwuchsförderung Ziel unserer Initiative.

Die Teilnehmerinnen (Mentees) werden bei einem solchen Mentoring jeweils mit einer Mentorin gekoppelt. Diese Mentorin ist auf Landes- oder Bundesebene politisch aktiv und bindet ihre Mentee in ihre Arbeit ein. Über rund ein Jahr gibt es einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen, gemeinsame Besuchstermine und vieles mehr.

Begleitende Seminare gibt es, die sich mit verschiedenen politischen Themen befassen und die Vernetzung zwischen den Frauen fördern sollen.

Bewerben kann sich jede, die Lust hat, mal ein bisschen in die Arbeit der Landes- und Bundesebene reinschnuppern und die bereits etwas politische Erfahrung auf Kreis- oder Ortsebene gesammelt hat. Ich koordiniere das Programm für Schleswig-Holstein und stehe euch für weitere Informationen gern zur Verfügung. Weitere Bewerbungsformalitäten und Fristen kommen euch noch gesondert zu. ●

Antworten auf die Atomlüge

Die Debatte um den Ausstieg aus dem Atomausstieg ist irrsinnig und hilft nur den Energiekonzernen. AKW lösen weder das Klima- noch das Versorgungsproblem. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien.

Von Marlies Fritzen

1. Atomkraft schützt das Klima nicht

Beim Abbau von Uran und der Herstellung von Brennstäben entsteht das klimaschädigende Kohlendioxid (CO₂). Atomkraftwerke erzeugen bei der Stromproduktion zwar weniger CO₂ als Kohlekraftwerke, aber immer noch wesentlich mehr als die Erneuerbaren Energien.

In Deutschland verursacht jede Kilowattstunde Atomstrom 126 Gramm CO₂, ein modernes Gaskraftwerk mit Wärmenutzung setzt pro Kilowattstunde Strom 119 Gramm CO₂ frei. Eine Windanlage belastet das Klima nur mit 22 Gramm und hängt so jeden Atommeiler in punkto Klimaschutz ab.

2. Atomkraft senkt die Strompreise nicht

Der Atomstromanteil ist in Deutschland seit Jahren unverändert. Dennoch sind die Strompreise rasant gestiegen. Der Staat subventioniert die Atomkraftwerke in Milliardenhöhe: Forschung, Endlagerung und Risikohaftung übernehmen der SteuerzahlerInnen. Die Energiemultis verdienen mit ihren abgeschriebenen Atommeilern pro Tag und Reaktor bis zu einer Million Euro. Dies ist der wahre Grund für die „Ausstieg-aus-dem-Ausstieg“-Debatte: Die Konzerne wollen weiter Kasse machen.

3. Atomkraft ist lebensgefährlich

Tschernobyl, Forsmark, Brunsbüttel, Krümmel, Krsko, Asse II, Tricastin – immer wieder gibt es Zwischenfälle und Unfälle. Und kein Atomkraftwerk ist

ausreichend gegen terroristische Gefahren geschützt. Der Reaktor in Brunsbüttel besitzt keine Schutzhülle und ist bereits durch den Absturz eines Kleinflugzeuges in hohem Maß gefährdet. Radioaktiver Abfall strahlt über Jahrmillionen. Die Frage, wie er halbwegs sicher gelagert werden kann, ist immer noch unbeantwortet.

Eine Technik, deren Folgen von Menschen nicht begrenzt und beherrscht

4. Atomkraft hat keine Zukunft

Zukunftsweisend sind Energien, die uns unabhängig von fossilen Rohstoffen und deren Importen machen. Atomkraft ist zu 100 Prozent vom Uranimport abhängig. Zudem erzeugt Atomkraft ausschließlich Strom, ersetzt damit praktisch kein Öl und nur sehr wenig Erdgas und senkt auch deren steigende Preise nicht.



werden können, ist ethisch nicht verantwortbar.

Neben der zivilen besteht zudem die Gefahr der militärischen Nutzung: Atomkraft ist die Vorstufe zur Bombe. Länder, die die Technik der Urananreicherung oder der Wiederaufbereitung von Plutonium beherrschen, können auch Atomwaffen herstellen.

Nur durch Einsparmaßnahmen, die weitere Entwicklung und den Einsatz effizienterer Technologien und den konsequenten Ausbau Erneuerbarer Energien kann der weltweite Klimawandel gestoppt und der Energiebedarf dauerhaft gesichert werden. Die Sonne scheint für alle kostenlos! ●



Sandra Brunsch/fotolia.com

Für viele Menschen werden die Energiekosten existenziell. Hier müssen wir Antworten geben.

Die Klimafrage als soziale Frage begreifen

Seit dem Jahr 2000 sind die jährlichen Energiekosten für einen Drei-Personenhaushalt von 1.300 auf 2.200 Euro gestiegen.

Wir werden die Debatte um die Klimapolitik nur gewinnen, wenn es uns gelingt, mit den Klima-Antworten auch soziale Antworten zu geben.

Von Robert Habeck

Wir müssen es schaffen, Konzepte zu entwickeln, die ein Umsteuern für alle Menschen zu einem Gewinn macht, nicht nur mittelfristig und abstrakt, sondern ganz konkret. Dafür gibt es vier Ansätze, die derzeit diskutiert werden, sich ergänzen, mitunter aber auch widersprechen.

1. Besser als Billigstrom ist, Energie zu sparen. Häufig ist es schlicht Unwissenheit, dass schon eine Verhaltensänderung für „deutlich mehr Netto“ sorgt, als so manche geforderte finanzielle Entlastung. Dass man am besten aufklärend durch Gesetze wie Tempolimit, Verbot von konventionellen Glühlampen, Standby-Schaltungen oder engen Verbrauchsvorschriften für Autos, Häuser und Geräte sorgt, steckt das Handlungsfeld des Politischen ab.

2. Viele Menschen scheuen jedoch vor den mitunter deutlich höheren An-

schaffungskosten für sparsame Geräte oder einer Gebäudesanierung zurück. Deshalb sollte überlegt werden, ob man mit einem neuen Energiebonus nicht zielgerichtet die ökologische Anschaffung fördert. Sinnvoll wäre das, allerdings wäre es nicht einfach zu steuern, so dass tatsächlich ein sozialer Ausgleich erfolgt, es wenig Mitnahmeeffekte gibt und das Ganze nicht zu bürokratisch wird.

3. Alternativ könnte man Gelder auch als Ökobonus auszahlen. Er würde sich speisen etwa aus Einnahmen aus dem Emissionshandel, einer Abgabe für Flugtickets und einer Brennstäbe-Steuer. Seine soziale Funktion ist sehr direkt, seine ökologische jedoch eher indirekt. Er belohnt diejenigen, die wenig Energie verbrauchen und schafft die Möglichkeit zu klimafreundlichem Verhalten. Der Ökobonus ist sozusagen eine Individualisierung der alten Öko-steuer. Geld wird nicht mehr in die

Sozialversicherungen gesteckt, sondern den Menschen zurückgegeben.

4. Ein Sozialtarif für Strom würde den Basisverbrauch von zum Beispiel 1.000 Kilowattstunden pro Jahr subventionieren. Die fehlenden Gelder müssten durch eine höhere Progression bei höherem Stromverbrauch eingetrieben werden.

Er würde funktionieren wie eine Art Energie-Grundeinkommen, allerdings ohne staatliche Zuschüsse, allein durch eine Gebührenpraxis der Energieversorger. Politisch ist er durch Gesetzesvorschriften einführbar. Allerdings würden die Energieversorger mit ärmeren Stromkunden benachteiligt werden und auch die Klarheit und Ehrlichkeit darüber, was Energie tatsächlich kostet, würde leiden. ●

Liebe Freundinnen und Freunde,



willkommen im Fördewind der Landtagsfraktion. Möge er als Wind der energetischen Erneuerung wehen. Was steht drin?

Das neue Schulgesetz hat uns mit der Regionalschule einen neuen Schultyp gebracht. Nachdem sie vor der Wahl noch vehement für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems gekämpft hatte, muss die CDU also ganz schön über ihren eigenen Schatten gesprungen sein. Genutzt hat es nichts: Die Regionalschule als fauler Koalitionskompromiss ist unbeliebt. Eltern stimmen mit den Füßen bzw. mit den Anmeldungen ihrer Kinder gegen die Regionalschule ab. Warum, das erläutert Angelika Birk in ihrem Beitrag.

Wir wollen einen Ausbildungsplatz für alle! Karl-Martin Hentschel schreibt in dieser Ausgabe über sein Konzept zum Thema berufliche Bildung.

Ein trauriges Kapitel in der Geschichte der Landespolitik greift Monika Heinold auf: Zwangsarbeit in ehemaligen Heimen der Landesfürsorgeerziehung.

Die Energiepreise steigen und steigen. Erinnern Sie sich noch? Am 30.09.2002 stand in der Presse: „Seit Jahresanfang legte der Preis für Rohöl um 50 Prozent zu [...] ließ ihn zuletzt sogar die Schallmauer von 30 US-Dollar durchbrechen.“ Heute marschieren wir mit Riesenschritten auf die 150-Marke zu. Das Ölzeitalter ist vorbei.

Liebe Grüße,
Detlef Matthiessen

Landtag muss sich bei ehemaligen „Heimzöglingen“ entschuldigen

Von *Monika Heinold*

In den 50er und 60er Jahren waren viele Heimkinder bundesweit – auch in Schleswig-Holstein – unmenschlichen Verhältnissen ausgesetzt. Physische wie psychische Gewalt, Demütigungen und Zwangsarbeit ohne Gehalt oder Sozialversicherung bestimmten den Heimalltag.

Schleswig-Holstein hatte mit dem Landesfürsorgeheim Glücksstadt Verantwortung für eines der schlimmsten Heime. Ehemalige Heimzöglinge sprechen zunehmend über ihre schwere Vergangenheit und fordern eine Entschuldigung für das begangene Unrecht und eine Entschädigung.

Wir sehen es als notwendig an, dass sich das Land zu seiner Verantwortung bekennt, sich bei den Opfern entschuldigt, eine gründliche wissenschaftliche Aufarbeitung auf den Weg bringt und sich dafür einsetzt, dass geleistete Zwangsarbeit bei den Rentenbescheiden anerkannt wird. Dazu haben wir im Juli einen Antrag in den Landtag eingebracht, der nun im Ausschuss beraten wird. ●



Viele ehemalige Heimkinder sind noch heute traumatisiert

Una Knipsolma/photocase.de



Energiesparen in den Mittelpunkt

Der Exportweltmeister Deutschland braucht einen zeitlichen Vorsprung für Einspartechnik und Investitionen, für Effizienz und regenerative Energieentwicklung. Für heute bauen, für morgen planen, für übermorgen forschen.

Von Detlef Matthiessen

Alle Energiepreise steigen. Uns Grüne als „die Energiepartei“ stellt dies vor eine besondere Herausforderung: Die AutofahrerInnen sind sauer. Nahrungsmittel werden teurer. Die Inflation zieht, getrieben von den steigenden Energiepreisen, an.

Beinahe täglich berichten die Medien über den Preisanstieg im Energiebereich. Trotzdem werden das Ausmaß der Verknappung der Energierohstoffe und vor allem die Folgen immer noch sträflich unterschätzt. Deutschland hängt am Tropf und muss fast 90 Prozent seiner Energie – einschließlich Uran – importieren.

Wahrscheinlich wird nie wieder so viel Öl gewonnen wie heute. Der so genannte „Peakoil“, das Fördermaximum, ist erreicht. Die Nachfrage steigt jedoch weltweit an. Die Prognosen unserer Wirtschaftsinstitute über die Energiepreisentwicklung liegen seit langem

immer weit unter der tatsächlichen Entwicklung. So wurde im Jahre 2002 ein Ölpreis von 40 US-Dollar für heute vorhergesagt. Am 11. Juli 2008 lag er in Wirklichkeit bei 147,50 Dollar.

Der Energieexperte der CDU-Landtagsfraktion tut den hohen Ölpreis damit ab, dass er ihn nur mit Börsenspekulation begründet. Das ist wirtschaftspolitisch ein gefährliches Spiel.

Wir müssen tatsächlich einen radikalen Kurs weg vom Öl steuern. Dies ist allerdings nicht das Motto der angeblichen Klimakanzlerin. Sie verteidigt die Autoindustrie gegen den 120 Gramm CO₂-Wert der EU-Kommission. Ein- oder Zweiliterauto? Angie sagt, „Nein Danke“.

Daher werden immer noch ineffiziente Autos gebaut. 80 Kilo Mensch werden von 1.200 Kilo Blech bewegt: Zu schwer, zu schnell, zu groß. Verkehrssysteme der Zukunft müssen ressourceneffizient sein. Es muss heute die Frage erlaubt

sein, mit welchem Kraftstoff, zu welchem Preis die Autos und LKW über die milliardenschwere A20 fahren sollen, falls diese Autobahn irgendwann im nächsten Jahrzehnt den Betrieb aufnehmen sollte. Wir brauchen eine neue Diskussion über Verkehrsinfrastruktur. Wir brauchen auch eine Diskussion um eine intelligente Weiterentwicklung der Ökosteuer (siehe Beitrag von Robert Habeck).

Wir müssen eine alternative Strategie auf Vermeidungstechnik und -systeme ausrichten. Aus Grüner Sicht muss eine Einsparstrategie im Mittelpunkt der Politik stehen. Die nicht verbrauchte Kilowattstunde, der nicht verbrannte Liter Diesel oder Heizöl ist die nachhaltigste Lösung. Das ist nicht immer die billigste Variante, aber auf längere Sicht die wirtschaftlichste. Das verstehen die Menschen. Sie verstehen auch, dass weniger Energieverbrauch oft durchaus mit technischem Aufwand zu tun hat, aber selten mit weniger Lebensqualität. ●

Eine Ausbildung für alle Jugendlichen

Von Karl-Martin Hentschel

Die Grüne Fraktion hat ein Konzept für eine Reform der Berufsausbildung entwickelt. Bis zum Frühjahr 2009 werden wir 20 Berufsschulen in Schleswig-Holstein besuchen, um vor Ort Eindrücke zu sammeln und unser Konzept mit den LehrerInnen, die tagtäglich mit Jugendlichen arbeiten, kritisch zu diskutieren.

Die duale Ausbildung trägt zwar sehr gut zur Integration der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt bei. Aber 15 Prozent der Jugendlichen erhalten dennoch keine Berufsausbildung, mehr als 50 Prozent der Hauptschulabsolventen landen – zum Teil jahrelang – in den so genannten Übergangssystemen. Diese Jugendlichen brauchen zusätzliche Angebote, damit auch sie eine passende Ausbildung bekommen.

Die bisherigen Angebote dienen lediglich als „Warteschleifen“, die Geld kosten (bundesweit drei Milliarden Euro). Zwar tragen einige von ihnen zur Weiterbildung bei, man kann aber keinen Berufs-



Besuch bei einer Berufseingangsklasse im Berufsbildungszentrum Schleswig. Neben Karl-Martin Hentschel steht Schulleiter Hans Hermann Henken.

abschluss erwerben. Das wollen wir ändern.

Seit 2005 besteht gesetzlich die Möglichkeit, vollqualifizierende Ausbildungen mit Kammerabschluss an den Berufsschulen anzubieten. Diese „Produktionsschulen“ können mit den überbetrieblichen Ausbildungszentren der Kammern zusammenarbeiten und

durch betriebliche Praxis ergänzt werden. Die Kosten hierfür können durch den Wegfall der Übergangsmaßnahmen gedeckt werden.

Unser vollständiges Konzept finden Sie unter:

www.karl-martin-hentschel.de

-> Kampagne „Ausbildung für Alle“

Regionalschule abschaffen, Gemeinschaftsschulen besser ausstatten!

Von Angelika Birk

Über 50 neue Gemeinschaftsschulen gehen für das Schuljahr 2008/9 an den Start, und 40 weitere sind in Planung. Gymnasien und Gemeinschaftsschulen werden die beiden dominanten weiterführenden Schulen sein. Die Regionalschule hat wenig Nachfrage und droht zur neuen Restschule zu werden. Das

veranlasst selbst CDU-Spitzenfunktionäre, die Notwendigkeit der Regionalschulen in Frage zu stellen.

Damit Kinder nicht an einer Schule angemeldet werden, die es in ein paar Jahren voraussichtlich nicht mehr geben wird, haben wir im Landtag gefordert, die Regionalschule gar nicht erst einzuführen. Gemeinschaftsschule und Gymnasium sollen gleichberechtigt als Regelschulen zu allen Schulabschlüssen führen. Die Finanzausstattung der Schulen – wie auch die die Anzahl der Schuljahre – wollen wir von den Fördernotwendigkeiten der Schülerschaft abhängig machen, nicht vom Schultyp.

Dort, wo Gymnasien oder Gemeinschaftsschulen nicht aus eigener Kraft eine Oberstufe mit hinreichender Fächervielfalt anbieten können, sollen Schulen verbindlich kooperieren oder ein gemeinsames Oberstufenzentrum bilden, ggf. in Zusammenarbeit mit den Berufsschulen.

Unser Antrag stellte die große Koalition vor eine Zerreißprobe – daher Ablehnung. In ihrer Rede machte die Bildungsministerin immerhin deutlich: Sie würde wie wir die Schulartempfehlungen am Ende des vierten Schuljahres am liebsten sofort abschaffen, denn niemand kann wissen, welche Bildungsmöglichkeiten in Zehnjährigen stecken. Diesen Ball nehmen wir im Landtag gern wieder auf.



Erfolgreiche Oppositionsarbeit – Minister „zum Rücktritt getrieben“



Eine der „niveaulosen“ Aktionen der Opposition: Carstensen, Austermann und Stegner werfen Geld für Fehmarnbelt-Querung zum Fenster raus

Danke für die anerkennenden Worte, Herr Austermann. Wir fühlen uns geschmeichelt! Aber Sie haben uns ja auch reichlich Steilvorlagen geliefert: Wenn ein Minister ohne Not den Wettbewerb um das günstigste Angebot im Schienenverkehr behindert und seinem Duzfreund Mehdorn das Bahnnetz Ost auf dem Silbertablett serviert, ist es ohne Zweifel Aufgabe der Opposition, auf diese Versäumnisse hinzuweisen. Niveaulos? Immerhin war dies das größte Vergabeverfahren eines Schienennetzes bundesweit. Den Titel „Muschelminister“ hat die „niveaulose“ Opposition hier jedenfalls zu Recht vergeben.

Ob Ihr Plan nun niveaullös war, an der Landesgrenze neue Begrüßungsschilder für 60.000 Euro aufzustellen – mit dem Slogan Schleswig-Holstein – Wirtschaftsland – Wissenschaftsland? Den haben die LeserInnen in einer Abstimmung im sh:z-Verlag mit großer Mehrheit abgelehnt. Die waren wahrscheinlich auch alle niveaulös.

Und dass Sie stets nach dem Motto gehandelt haben „Beton statt Bildung“ und uns jahrzehntelang mit dem Kohlendioxid neuer Kohlekraftwerke beglücken und uns eine überflüssige und teure Brücke nach Dänemark hinterlassen wollten. Wirklich niveaullös! Wir wünschen einen angenehmen Ruhezustand.

„Der Entschluss, aufzuhören, reifte seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres heran. Auslöser war mein Wunsch – und auch der meiner Familie, mehr Zeit füreinander zu haben. **Und sicher auch manche – aus meiner Sicht niveaulöse – Aktion der Opposition.** Da habe ich mich manchmal schon gefragt, warum tust Du Dir das an?“
sh:z 30.06.2008



Landesregierung S.H.

Schriftbilder auf Papier, Leinwand und Holz



Die Schriftbilder der Schriftgruppe lettera werden vom 10. September bis 31. Oktober 2008, werktags von 9:00 - 18:00 Uhr im Landeshaus gezeigt. Eine Führung durch die Ausstellung bieten wir am Sonntag, 12. Oktober 2008, 11:00 Uhr, an.
www.sh.gruene-fraktion.de -> Themen -> Kultur

Auf Grün gehts los im Landeshaus

Am 27. September öffnet das Landeshaus wieder seine Pforten zu einen „Tag der offenen Tür“.

Das Motto der Grünen Fraktion lautet: „Auf Grün geht's los“. Wir haben ein buntes Programm vorbereitet: Drei Rikschafahrer, die die BesucherInnen um das „Regierungsviertel“ strampeln, eine Ausstellung rund ums Energiesparen, Naturschutzverbände, die ihre Arbeit präsentieren und „Monikas-Müsli-Mühle“ in der Kinder eigenes Müsli herstellen können.

Wir freuen uns auf Sie und euch!

Der Angst um die Mittelschicht konkrete Entlastungskonzepte entgegensetzen

Die Mittelschicht schrumpft. Deshalb braucht es Lösungen, gerade Menschen mit niedrigen bis mittleren Einkommen zu entlasten. Das Grüne Progressiv-Modell ist eine effektive Antwort.

Von Grietje Staffelt

Nur zu oft war in den letzten Wochen und Monaten in den Schlagzeilen zu lesen: „Trotz Gehaltserhöhung weniger Netto“. Deutsche Wirtschaftsforscher bescheinigten eine stetig steigende Mehrbelastung für Menschen mit Einkommen auf Durchschnittsniveau.

In der Tat sorgen sich viele Menschen vollkommen zu Recht, vom wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre nicht profitiert zu haben, denn die Mit-

telschicht bröckelt. Eine der meist zitierten Ursachen dafür ist die so genannte „kalte Progression“. Hinter diesem Begriff verbirgt sich eine Falle in der Steuerbelastung, die vor allem bei Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen zuschnappt.

Denn bei Jahresgehältern bis zu 52.000 Euro für Allein-erziehende und bis zu rund 104.000 Euro für Verheiratete steigen die Steuersätze mit jedem zusätzlich verdienten Euro unvermittelt an. Die Effekte sind unverkennbar. Lohnerhöhungen führen zu einer höheren Steuerbelastung.

Doch der progressive Steuertarif ist nicht die Hauptursache für einen sinkenden Lebensstandard und weniger Kaufkraft von Menschen aus der sogenannten Mittelschicht. Die Ursachen liegen in erster Linie in den steigenden Energiepreisen, der zu geringen Lohnsteigerung und der Mehrwertsteuererhöhung. Die allgemeine Teuerungsrate für Lebenshaltungskosten frisst den Lohnzuwachs vollkommen auf.

Eine Lösung des Problems kann jedoch nicht auf Steuergeschenken à la CSU und FDP beruhen. Steuersenkungen helfen vor allem den Menschen mit hohem Einkommen.

Eine langfristige Entlastung von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen kann viel effizienter durch gestaffelte Sozialbeiträge geleistet werden. Deshalb haben wir Bündnisgrüne ein Progressiv-Modell entwickelt. Wenigverdiener sollen weniger Sozialabgaben zahlen als Vielverdiener. Derzeit werden in regulären Arbeitsverhältnissen auf jeden Lohn-Euro ca. 40 % Sozialversicherungsbeiträge fällig - unabhängig von der Höhe des Einkommens.

Mit unserem Modell sollen kleine und mittlere Einkommen entlastet werden, indem die

Beitragsätze langsam und stufenlos ein- und ansteigen. So könnte das aussehen: 20% bei einem Bruttoeinkommen von 400 Euro, 25% bei 800 Euro, 30 % bei 1.200 Euro und 35% bei 1.600 Euro.

Erster Vorteil: Gerade im unteren Einkommensbereich sinken die Nebenkosten, für Geringqualifizierte können so neue Jobs entstehen. Zweiter Vorteil: Menschen mit niedrigem Einkommen haben dann auch mehr von ihrem Lohn in der Tasche. Gerade die Bürgerinnen und Bürger werden entlastet, die von den heftigen Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln besonders stark betroffen sind.

Deshalb halten wir dies Modell für besser. Für Menschen mit 20.000 Euro Jahreseinkommen bringt unser Progressivmodell 600 Euro netto mehr pro Jahr. Damit können wir viel effektiver beitragen, dass die soziale Schere sich nicht noch weiter öffnet.



Grietje Staffelt,
medienpolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen





Freiheit für die Elbe!

Obwohl jedes Kind lernt, dass die Elbe in die Nordsee fließt, halten sich bestimmte Sedimentteilchen nicht an diese Vorgabe und strömen „bergauf“ in Richtung Hamburger Hafen. Fachleute sprechen vom so genannten „Tidal-Pumping-Effekt“. Das Resultat: Der Hamburger Hafen verschlickt mehr und mehr. Nur durch dauerhaftes Ausbaggern können Fahrwinne und Hafenecken heute für die Schifffahrt befahrbar gehalten werden. Die jährlichen Kosten hierfür: 60 Millionen Euro, Tendenz steigend. Zudem ist der ausgebagerte Schlick u.a. mit Cadmium und Quecksilber belastet und stellt, wenn er dem Fluss an anderer Stelle wieder zugeführt wird, eine Gefahr für die Natur, die Fischerei und nicht zuletzt den Tourismus dar.

Von Rainer Steenblock

Für die ausgebagerten Sedimentrückstände kommen drei Entsorgungsvarianten in Frage: 1) Der Schlick wird wieder in der Elbe verklappt. Dies ist zwar billig, es dauert jedoch nicht lange, bis der Schlick wieder in den Hafen gespült wird. 2) Der Schlick wird in der Nordsee vor Helgoland verklappt. Auch diese Variante ist mit rund 6 € pro Kubikmeter Schlick nicht nur relativ kostengünstig, ein Großteil des Schlicks driftet zudem über die Nordsee in Richtung Nordfriesische Inseln. Der Rest des Schlicks braucht länger, bis er wieder über die Elbe in Hamburg ankommt. Entscheidender Nachteil beider Varianten: In der Vergangenheit kam es zu erheblichen Überschreitungen zulässiger Schadstoff-Konzentrationen in den Schüttbereichen und somit zu unberechenbaren Folgen sowohl für die Nordsee als auch die Elbe. 3) Der Schlick wird an Land gereinigt und gelagert. Dies ist mit rund 30 € pro Kubikmeter sehr kostenintensiv. Zudem ist man in HH an Kapazitätsgrenzen gestoßen. Die Folge: Weiterhin wird fleißig Schlick aus dem Hamburger Hafen vor Helgoland ver-

klappt und die Nordsee als billige Müllkippe für verseuchten Hamburger Schlick missbraucht.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung leistet bei der Verschmutzung von Elbe und Nordsee kräftig Schützenhilfe

Die schleswig-holsteinische Landesregierung leistet hierbei kräftig Schützenhilfe. Nachdem seit 2005 bereits 4,5 Millionen Kubikmeter Schlick vor Helgoland verklappt wurden, stimmte das Kieler Kabinett soeben der Verklappung weiterer 8 Millionen Kubikmeter bis zum Jahr 2011 zu. Dieses Vorgehen habe ich scharf kritisiert und die Landesregierung vor den nicht abzuschätzenden Folgen für Natur, Fischerei und Tourismus gewarnt.

Bei der zunehmenden Verschlickung des Hamburger Hafens handelt es sich um ein hausgemachtes Problem: Die natürlichen Regulierungsmechanismen des Flusses wurden in der Vergangenheit Schritt für Schritt beseitigt: Nebenarme der Elbe wurden abgetrennt und Mar-

schen, die vormals als natürliche Überschwemmungsgebiete fungierten, eingedeicht. Die Fließgeschwindigkeit des Flusses und damit die Sedimentwanderungen nahmen im Zuge der Elbvertiefungen rapide zu. Der Klimawandel verschärft die Problematik noch einmal. Ein fataler Teufelskreis entsteht.

Den dringenden Handlungsbedarf haben nun offensichtlich auch die Regierungen der norddeutschen Bundesländer erkannt: Sie haben kürzlich eine Erklärung unterzeichnet, die als radikaler Kurswechsel des bisherigen Umgangs mit der Elbe interpretiert werden kann. Statt dem bisher vorgesehenen Bau immer höherer Deiche sieht das Konzept den schrittweisen „Rückbau“ der Elbe vor. Für insgesamt 1,6 Milliarden Euro soll der Elbe nun ein Teil ihrer natürlichen Regulierungsmechanismen zurückgegeben werden.



Rainer Steenblock,
europapolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen

weiter S. 15

Die Norddeutschen Bundesländer eignen sich auf ein gemeinsames Sedimentmanagementkonzept

Die Erkenntnis, dass Flüsse ihre eigenen Regulierungsmechanismen haben und sich nicht um Ländergrenzen und Zuständigkeiten scheren, kommt spät. Dennoch: Ein Konzept, das den Fluss in den Vordergrund der Überlegungen stellt, war lange überfällig. Endlich wird der Fluss als das begriffen, was er ist, nämlich ein zusammenhängendes und hoch sensibles Ökosystem. Wäre man eher zu der Erkenntnis gekommen, hätte man die Riesensumme von 1,6 Milliarden

Euro weitaus besser in den Schutz von Elbe und Nordsee investieren können.

Nun muss konsequent fortgesetzt werden, was mit dem vorgelegten Konzept angestoßen wurde. Weitere Elbvertiefungen würden die im neuen Elbekonzept verankerten Bemühungen vollständig zunichtemachen. Sie wären nicht nur wirtschaftlich unnötig, sondern zudem ein Rückschritt gegenüber dem sich endlich durchsetzenden Gedanken der natürlichen Regulierungsmechanismen des Flusses. Das Spiel ginge also von vorne los.



Soziale Netzwerke

gs Xing, StudiVZ, MySpace – Soziale Netzwerke boomen im Internet. Als virtuelles Adressbuch und praktische Hilfe bei der Freundschaftspflege sind sie für manche unentbehrlich geworden.

Neben den Vorteilen gibt es aber auch Risiken, die nicht von allen Usern erkannt werden. Freizügig ins Netz gestellte Infos sind nicht nur für Freunde interessant. Versicherungen oder Banken z.B. zapfen Netzwerke längst als wertvolle Datenquelle an, wenn es um Policen oder Kreditangebote geht. Daneben ist personalisierte Werbung, die man z.B. bei StudiVz ertragen muss, fast schon eine Lappalie.

Wer nur Wucherprämien und Wucherzinsen zahlt, sollte sich selbst einmal im Internet suchen.

Wir meinen: So geht's nicht. Klar: jeder Mensch muss selbst auf seine Intim-Infos aufpassen. Dennoch dürfen ohne Zustimmung im Netz gesammelte Daten

den Betroffenen nicht zum Nachteil gereichen. Wir wollen per Gesetz den Datenmissbrauch durch die Wirtschaft rigoros bekämpfen.

Mehr unter:

www.grietje.de/cms/default/rubrik/13/13894.soziale_netzwerke.html ●



Nun muss das Angestoßene konsequent fortgeführt werden: Gebt der Elbe ihre Freiheit zurück!

Insgesamt muss gelten: Gebt dem Fluss den Spielraum, den er dringend benötigt und der ihm zu Gunsten einer erhöhten Wirtschaftlichkeit und zu Lasten der Ökologie genommen wurde, wieder zurück! Hierfür kämpfe ich.

Weitere Informationen findet ihr unter: www.rainder-steenblock.de

Wahlkreisbüro Steenblock

Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainder.steenblock@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Manuela Siebert
Irene Hahn
Jörn Pohl
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainder.steenblock@bundestag.de

▶ www.rainder-steenblock.de

Veranstaltungs-Vorankündigung

Sag mir deinen Namen und ich google, wer du bist

**10.11.08, 18:00 Uhr,
Universität Kiel**

Raum wird noch bekannt gegeben

Wahlkreisbüro Staffelt

Claudia Prehn
Florian Bernstorff
Fabian Frei
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.staffelt@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Konstanze Ullrich
Nina Morschhäuser
Stephan Kolbe
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.staffelt@bundestag.de

▶ www.grietje.de



Herzlichen Glückwunsch!

**Klaus Langer ist der erste Grüne
Bürgermeister in Schleswig-Holstein**

Nach 27,8 Prozent bei den Kommunalwahlen stellen die Quarnbeker Grünen nun den ersten Grünen Bürgermeister im Land: Klaus Langer, der auch Vorsitzender der Grünen im Kreis Rendsburg-Eckernförde ist, wurde von Grünen und der CDU gewählt.

Mit 1.775 Einwohnern liegt die Gemeinde im traditionell eher konservativen ländlichen Raum. Die Grünen sind hier erstmals 1994 angetreten und holten damals auf Anhieb 12 Prozent der Stimmen.

Als wichtigste Aufgaben sieht Klaus Langer die durchgängige Versorgung mit Kita-Plätzen und die Gründung eines Schulverbandes, damit die GrundschülerInnen weiterhin wohnortnah zur Schule gehen können. Die Schaffung einer schnellen Internetverbindung über ein DSL-Netz für die EinwohnerInnen steht ebenfalls auf seinem Plan. Die Baumaßnahmen zur Erweiterung des Nord-Ostsee-Kanals wird er mit seiner Grünen Fraktion kritisch beobachten und sich für den Erhalt des davon betroffenen Flemhuder Sees einsetzen.

Seminare zur Kommunalpolitik

Der Landesvorstand will die Arbeit der kommunalen Fraktionen aktiv unterstützen und die Vernetzung untereinander fördern.

Wir bieten dazu folgende Seminare an:

-> „Kommunale Haushalte – Doppik“ am 19. 9. mit Monika Heinold

-> „Flächenplanung“ am 24. 10. mit Peter Todeskino

-> „Sozialpolitik in der Kommune“ am 8. 11. mit Susanne Epskamp und Andreas Tietze.

▶ **Infos und Anmeldungen bitte bei**
doerte.schnitzler@gruene.de

Impressum

Herausgeber grüne welle

Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein
Wilhelminenstraße 18, 24103 Kiel
Telefon 0431 59338-0, Telefax 0431 59338-25
E-Mail: lv.sh@gruene.de, Internet: www.sh.gruene.de

Herausgeberin fördewind

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Telefon 0431 988-1500, Telefax 0431 988-1501
E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Herausgeber berlin-report

Grietje Staffelt und Rainer Steenblock
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052, Telefax 030 227-76051 (Grietje Staffelt)
Telefon 030 227-72056, Telefax 030 227-76056 (Rainer Steenblock)

Redaktion grüne welle + fördewind: Dr. Jörg Nickel

Gestaltung grüne welle + fördewind: Bettina Aust

Redaktion und Gestaltung berlin report: Claudia Prehn

ICH WERDE MITGLIED



Name Vorname

Straße, Haus-Nr. PLZ, Wohnort

Telefon Mobil E-Mail

Geb.-Datum Beruf

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten gespeichert und verarbeitet werden, wobei alle einschlägigen Datenschutzgesetze beachtet werden. Die Nutzung erfolgt ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke der Partei Bündnis 90/ Die Grünen wie z.B. Beitragserhebung oder Versand von Informationsmaterial. Andere Gebietsverbände, Fraktionen oder Tochterorganisationen der Partei können zur Erfüllung der Zwecke Zugriff auf die Daten erhalten. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei, z.B. für Werbezwecke, findet nicht statt.

Ort, Datum Unterschrift
(Hiermit bestätige ich auch, dass ich keiner anderen Partei angehöre)

Ich zahle einen Monatsbeitrag* in Höhe von EUR.

* Der Richtwert für den monatlichen Mindestbeitrag beträgt 1% vom Nettoeinkommen. In Ergänzung zu diesem Richtwert gilt die Beitragsregelung des jeweiligen Kreisverbandes, die in der Landesgeschäftsstelle und vor Ort erfragt werden kann.

Meinen Mitgliedsbeitrag zahle ich: Vierteljährlich Halbjährlich Jährlich

Hiermit ermächtige ich Bündnis 90/Die Grünen, meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag in der oben genannten Höhe im Lastschriftverfahren bis auf Widerruf von meinem angegebenen Konto einzuziehen.

Name der Bank BLZ

Kto-Nr. Kto-InhaberIn (falls abweichend)

Ort, Datum Unterschrift für Einzugsermächtigung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN * LANDESVORSTAND SCHLESWIG-HOLSTEIN * WWW.SH.GRUENE.DE
Wilhelminenstraße 18 * 24103 Kiel * Telefon: 0431 59 33 8 - 0 * Fax: 0431 59 33 8 - 25 * E-MAIL: lv.sh@gruene.de